



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Benjamin Nolte, Markus Striedl, Martin Huber** und **Fraktion (AfD)**

**Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Deutschlandticket
(Kap. 09 06 TG 64)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 09 02 wird der Ansatz in der TG 64 (Öffentlicher Personennahverkehr (Deutschlandticket)) für das Jahr 2024 von 635.000,0 Tsd. Euro um 317.500,0 Tsd. Euro auf 317.500,0 Tsd. Euro reduziert.

In Kap. 09 02 wird der Ansatz in der TG 64 (Öffentlicher Personennahverkehr (Deutschlandticket)) für das Jahr 2025 von 635.000,0 Tsd. Euro um 317.500,0 Tsd. Euro auf 317.500,0 Tsd. Euro reduziert.

Die eingesparten Mittel werden vollständig zur Erhöhung des Ansatzes in Kap. 09 40 Tit. 750 00 verwendet.

Begründung:

Das sog. Deutschlandticket als Nachfolgeregelung des 9-Euro-Tickets beschäftigte den Landtag schon mehrfach. Bereits im September 2022 wurde gefordert (siehe Drs. 18/24151), die Finanzierung gänzlich dem Bund zu überlassen.

Derzeit finanziert der Bund 50 Prozent des „Deutschlandtickets“. Dieser Teil kann gerne zur Umsetzung des „Deutschlandtickets“ verwendet werden. Der Freistaat hingegen sollte die hier freigewordenen Mittel für die Instandhaltung seiner eigenen, teils maroden Brücken und Straßen einsetzen.